

Hart, aber fair – für eine realistische Migrationspolitik

FDP-Lösungen für eine massvolle Zuwanderung mit Zukunft

Die starke Zuwanderung, beziehungsweise deren Auswirkungen auf Infrastrukturen, Wohnungsverfügbarkeit und Sicherheit beschäftigt und fordert nach Massnahmen. Eine massvolle Einwanderungspolitik und sichere Beziehungen zur Europäischen Union gehören zu den Prioritäten der FDP. Für die Bekämpfung des Arbeiterkräftemangel ist es wichtig, dass die Schweiz auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zählen kann. Die humanitäre Tradition ist ein wichtiger Pfeiler unseres Landes. Gleichzeitig muss das Asylwesen vor Missbräuchen geschützt werden, das heisst: Bestehende Gesetzgebung konsequent vollziehen, Sozialtourismus bekämpfen, die Einwanderung aus Drittstaaten beschränken und Missstände im Asylbereich beheben.

Asylsystem braucht langfristige Akzeptanz

Das Asylgesetz ist im Grunde gut, die Anwendung durch das EJPD jedoch nicht. So weigert sich Italien seit Dezember 2022 das Dublin-Abkommen einzuhalten und Asylsuchende zurückzunehmen. Dem EJPD gelang es bisher nicht, die Situation zu deblockieren. Die Kantone sind die Leidtragenden, die Unterkünfte für Personen finden müssen, die eigentlich nach Italien zurück gehören. Deshalb fordert die FDP mittels [Motion](#), dass die Schweiz Allianzen mit anderen Ländern bilden muss, um Druck auf Italien auszuüben. Problematisch ist ebenfalls, dass Asylsuchende nicht im ersten Aufnahmeland ein Gesuch stellen, sondern ein anderes bzw. besseres Zielland auswählen. Diese sekundäre Migration widerspricht dem Gesetz und muss umgehend gestoppt werden. Die FDP wurde bereits mit einem [Fraktionsvorstoss](#) aktiv. Eritrea weigert sich seit Jahren abgewiesene Asylsuchende aus der Schweiz zurückzunehmen. Weil diese in der Schweiz keinen Schutz benötigen, aber das Asylsystem stark belasten, fordert die FDP, dass der Bundesrat aktiv wird. Hierzu soll ein Pilotprojekt lanciert werden, um abgewiesene Eritreer in ein Drittland schicken zu können. Der Ständerat hat den dringenden Handlungsbedarf bereits erkannt und die [FDP-Motion](#) angenommen.

Die FDP fordert:

- › Dublin-Abkommen mit Italien wiederaufnehmen ([Motion 23.3031](#))
- › Irreguläre Sekundärmigration stoppen ([Motion 23.3533](#))
- › Pilotprojekt zur Ausschaffung von abgewiesenen Eritreern ([Motion 23.3176](#))

Personenfreizügigkeit mit Augenmass

Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotential, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten. Gerade auch, weil in den nächsten Jahren hunderttausende Erwerbstätige aus der Babyboomer-Generation in den Ruhestand gehen. Aufgrund dessen fehlen uns bis 2040 eine halbe Million Arbeitskräfte. Diese Lücke lässt sich nicht ohne die Zuwanderung füllen. Unternehmen leiden schon heute unter einem gravierenden Fachkräftemangel, der mittlerweile eigentlich ein Arbeitskräftemangel ist. Dass die SVP in dieser Situation gegen die Personenfreizügigkeit kämpft, ist zweckwidrig und unverständlich für die Schweizer Unternehmen und unser Wohlstand. Die SVP-Initiative ist nichts Anderes als die Wiederholung der Kündigungsinitiative, die 2020 mit über 60% abgelehnt wurde. Statt gegen jegliche Zuwanderung zu sein und eine unhaltbare Angst vor Fremden zu schnüren, setzt die FDP auf pointierte und konkrete Lösungsvorschläge. Die Individualbesteuerung und die Renteninitiative reduzieren den Zuwanderungsdruck, weil das Inländische Arbeitskräftepotential besser ausgeschöpft wird. Damit die Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält, braucht es gezielten Ausbau auf der Strasse und auf der Schiene. In der Wohnbaupolitik braucht es

schnellere Bewilligungen und weniger Vorschriften. Hier stehen insbesondere die linksgrün regierten Städte in der Verantwortung.

Die FDP fordert:

- › Kontrollierte Zuwanderung gegen Arbeitskräftemangel statt Abschottung
- › Mit [Renteninitiative](#) und [Individualbesteuerung](#) den Zuwanderungsdruck reduzieren
- › Infrastruktur dem Bevölkerungswachstum anpassen ([Positionspapier Infrastruktur](#))

Kantone nicht im Stich lassen

Vierorts leiden Kantone und Gemeinden unter den steigenden Migrationszahlen. Ein Beispiel ist die Tessiner Grenzstadt [Chiasso](#), wo Asylsuchende des nahen Bundesasylzentrums für Probleme und Kleinkriminalität sorgen. Das darf nicht sein. Die FDP fordert deshalb eine Taskforce [Asyl](#), die die Zusammenarbeit und die Koordination zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden verbessern soll. Zudem braucht es die Möglichkeit einer angeordneten [Verlegung](#), wenn sich Asylsuchende ausserhalb der Bundesasylzentren nicht an die öffentliche Ordnung halten. Die FDP will ausserdem wissen, wie bestehende Asylunterkünfte besser genutzt werden können und welche [Alternativlösungen](#) in Betracht gezogen werden können. Das EJPD steht hier in der Pflicht, langfristige Strategien mit Einbezug der nötigen Organe zu entwickeln.

Die FDP fordert:

- › Taskforce Asyl einsetzen ([Motion 23.3886](#))
- › Verlegung von Asylsuchenden, die sich nicht an die öffentliche Ordnung halten ([Postulat 23.3837](#))
- › Bestehende Asylunterkünfte besser nutzen ([Interpellation 23.3797](#))

Humanitäre Tradition aufrechterhalten

Mit der Aufnahme von über 60'000 Ukraine-Flüchtlingen hat die Schweiz seit März 2022 einen Kraftakt vollbracht und das Asylsystem vor einer Überlastung verschont. Der Schutzstatus S wurde erstmals aktiviert und hat sich weitgehend [bewährt](#). Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Schutzstatus S weiterhin rückkehrorientiert ausgestaltet und gegebenenfalls angepasst wird. Ein wichtiges Instrument sind auch [Migrationspartnerschaften](#). Die FDP fordert eine Neuausrichtung, weil Migrationspartnerschaften helfen, Migration und Rückführungen besser zu steuern. Auf europäischer Ebene laufen derzeit Bestrebungen, den Migrationspakt zu reformieren. Die FDP hat eine Reihe von [Fragen](#) an den Bundesrat gestellt und will wissen, wie Schweizer Anliegen dort eingebracht werden können.

Die FDP fordert:

- › Schutzstatus S für Ukraine-Flüchtlinge beibehalten und gegebenenfalls anpassen
- › Migrationspartnerschaften neu ausrichten ([Motion 23.3838](#))
- › Schweizer Anliegen im EU-Migrationspakt einbringen ([Interpellation 23.3872](#))

Mehr zu unseren Forderungen und Positionen unter www.fdp.ch/migration